



Februar 2007

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

# **Untersuchungsanlage**

## **ARD - DeutschlandTREND Februar 2007**

### **Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen**

#### **Untersuchungsanlage**

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1.107 West / 393 Ost)	
Erhebungszeitraum:	29. bis 30. Januar 2007 Sonntagsfrage: 29. bis 31. Januar 2007	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

# Analyse

## **ARD-DeutschlandTREND Februar 2007**

Die Bundesregierung hat sich 2002 nach eigenen Angaben aus Sicherheitsgründen entschieden, die Rückkehr des in Guantanamo gefangen gehaltenen Bremer Türken Murat Kurnaz nach Deutschland nicht aktiv zu betreiben. Die Mehrheit der Bevölkerung (60 Prozent) hält die damalige Entscheidung für richtig. Eine relative Mehrheit von 47 Prozent hält auch die aktuelle Kritik am früheren Kanzleramtschef und heutigen Außenminister Frank-Walter Steinmeier für unberechtigt. Ein Rücktrittsgrund für den Außenamtschef ergibt sich aus dem Fall Kurnaz nach Auffassung einer großen Mehrheit (72 Prozent) nicht. Allerdings hat die Debatte dem Ansehen Steinmeiers erheblich geschadet: Derzeit sind nur noch 47 Prozent mit seiner Arbeit zufrieden, im Vormonat waren es noch 69 Prozent.

Die am Freitag im Bundestag zu beschließende Gesundheitsreform weckt in der Bevölkerung keine großen Erwartungen. Drei Viertel (74 Prozent) glauben, dass die Reform die Probleme im Gesundheitswesen nicht lösen wird. Weder ist aus Sicht der Bürger dessen Finanzierung dadurch langfristig gesichert (71 Prozent), noch sind die finanziellen Belastungen gerechter verteilt (74 Prozent). Zwei Drittel (65 Prozent) befürchten gar erneute Erhöhungen der Kassenbeiträge als Folge der Reform. Die Information der Bürger über deren Inhalte ist verbesserungswürdig: Vier von zehn (41 Prozent) konnten bisher nicht nachvollziehen, worum es bei der Gesundheitsreform eigentlich geht.

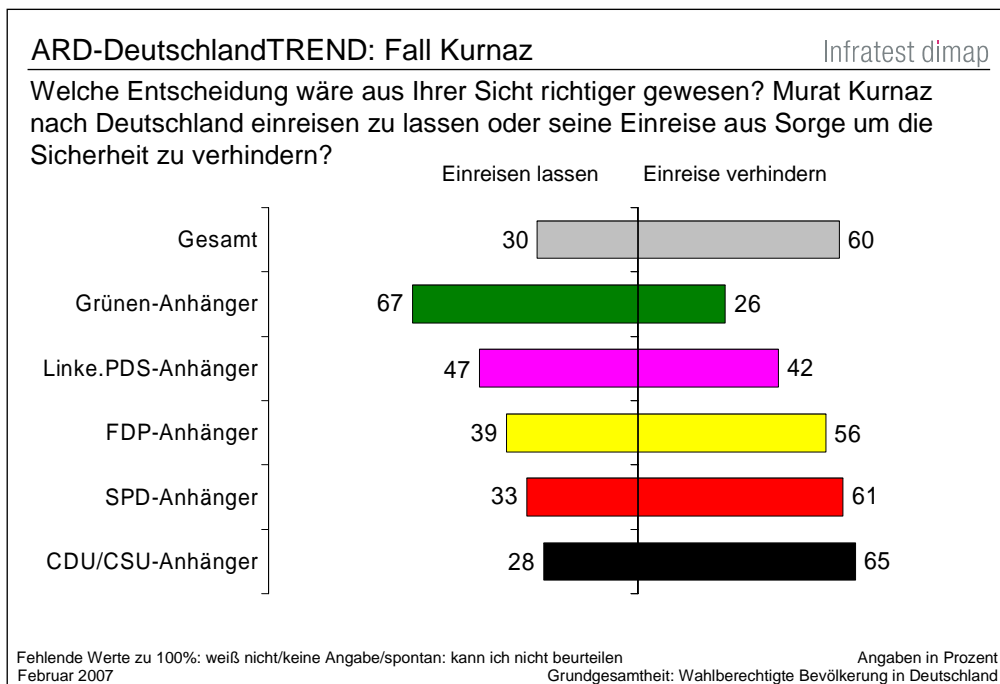
Über die Auswirkung der Mehrwertsteuererhöhung sind die Deutschen geteilter Meinung: Nach dem Eindruck von 45 Prozent hat die Erhöhung bei vielen Produkten Preiserhöhungen nach sich gezogen, etwa ebenso viele (43 Prozent) konnten jedoch keine Preissteigerungen in größerem Ausmaß feststellen. Die von der IG Metall geforderten 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt stoßen auf ein geteiltes Echo: Fast jeder Zweite (48 Prozent) findet die Forderung zu hoch, 44 Prozent halten sie für angemessen, 5 Prozent für nicht weitgehend genug.

Angesichts der skeptischen Bewertung der Regierungsleistung und der Gesundheitsreform zeigt die aktuelle politische Stimmung einen sehr hohen Anteil von Wahlberechtigten, die sich derzeit für keine der Parteien entscheiden können oder wollen. Offenbar wird die positive Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung bisher nicht den beiden Regierungsparteien zugeschrieben. Wenn der Bundestag jetzt neu gewählt würde, käme die CDU/CSU auf 35 Prozent, ein Minus von einem Punkt gegenüber Januar. Die SPD würde 31 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen, ein Plus von einem Punkt. Wie im Januar kämen FDP und Grüne auf jeweils 11 Prozent, sowie die Linkspartei.PDS auf 8 Prozent.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom Februar, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von acht Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 29. bis 31. Januar 1.000, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

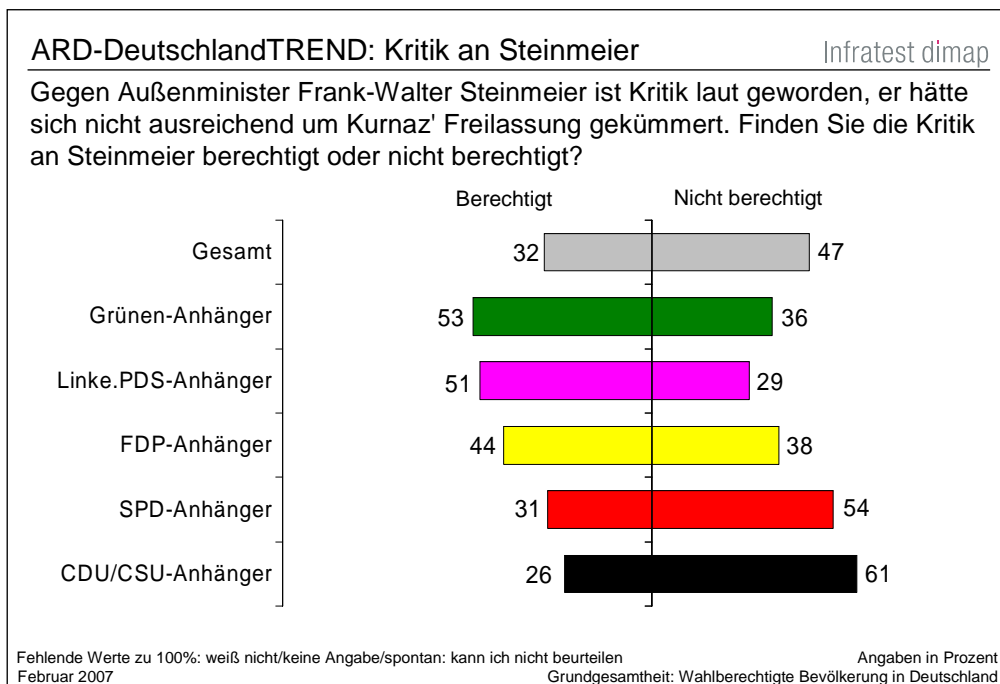
## Fall Kurnaz: Mehrheit stützt Entscheidung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat sich 2002 nach eigenen Angaben aus Sicherheitsgründen entschieden, die Rückkehr des in Guantanamo gefangen gehaltenen Bremer Türken Murat Kurnaz nach Deutschland nicht aktiv zu betreiben. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt heute diese Position (60 Prozent). Demgegenüber ist ein knappes Drittel (30 Prozent) der Meinung, man hätte Kurnaz wieder in seine Bremer Heimat einreisen lassen sollen. Knapp jeder Zehnte traut sich kein Urteil über die Vorgänge zu.



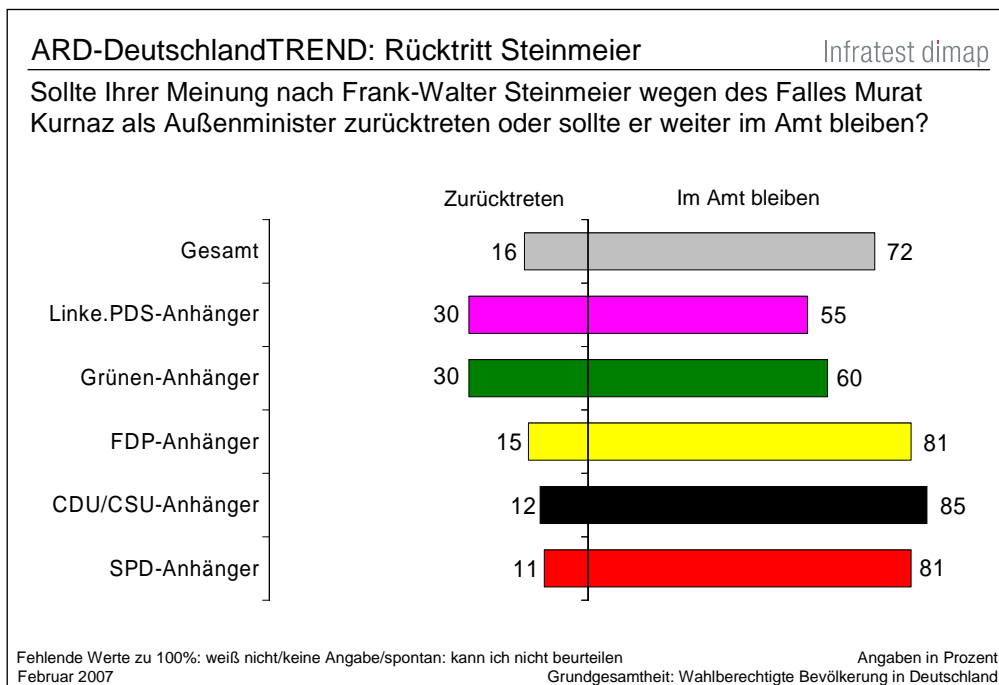
Während die Anhänger von Union, SPD und FDP hinter der Entscheidung der damaligen Bundesregierung stehen, halten die Anhänger von Linkspartei.PDS und Grünen mehrheitlich die Verhinderung von Kurnaz' Wiedereinreise nach Deutschland für falsch.

Eine relative Mehrheit von 47 Prozent hält auch die aktuelle Kritik an Außenminister Frank-Walter Steinmeier für unberechtigt. Seit Wochen sieht er sich mit Vorwürfen konfrontiert, er sei auf ein Angebot der US-Regierung zur Freilassung von Kurnaz nicht eingegangen. Immerhin ein Drittel (32 Prozent) hält die Kritik am früheren Kanzleramtschef der rot-grünen Regierung jedoch für berechtigt. Ein Fünftel (18 Prozent) kann oder will sich angesichts der schwierigen Informationslage dazu nicht äußern.



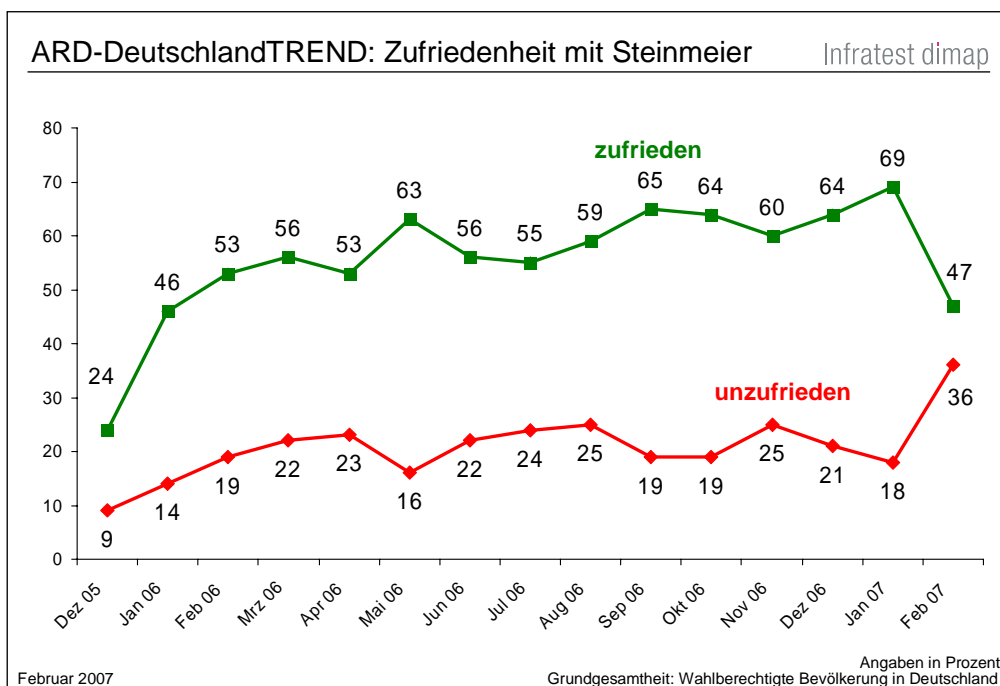
Überdurchschnittlich häufig wird die Kritik an Steinmeier bei den Oppositionsanhängern als berechtigt angesehen.

Ein Rücktrittsgrund für Steinmeier ergibt sich aus dem Fall Kurnaz jedoch nach Auffassung einer großen Mehrheit (72 Prozent) nicht. Lediglich 16 Prozent fordern, dass der Außenminister sein Amt aufgeben sollte.



Zwar sehen die Anhänger der Oppositionsparteien Steinmeiers Rolle im Fall Kurnaz kritischer, dennoch findet sich auch bei ihnen keine Mehrheit für die Rücktrittsforderung.

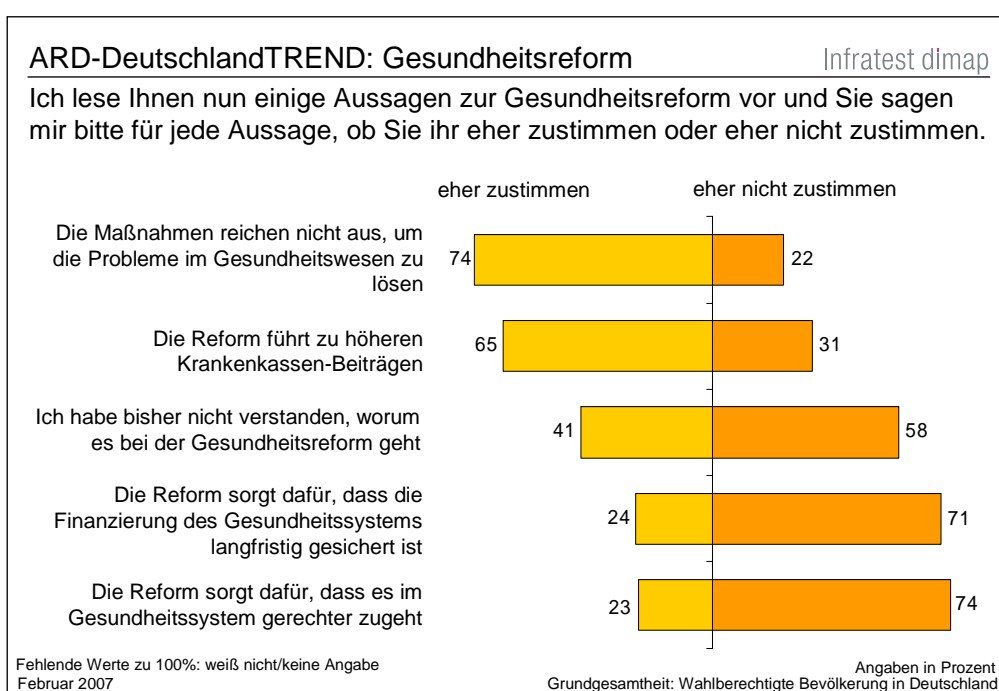
Auch wenn die Vorwürfe aus Sicht der Bevölkerung nicht für einen Rücktritt reichen, hat die Debatte dem Ansehen Steinmeiers erheblich geschadet. Seine Beliebtheitswerte gehen binnen Monatsfrist dramatisch zurück: Während der Außenamtschef im Januar mit 69 Prozent Zustimmung noch der beliebteste Parteipolitiker war, sind derzeit nur noch 47 Prozent mit seinem politischen Wirken einverstanden, 36 Prozent finden seine Politik insgesamt bzw. sein Verhalten im Fall Kurnaz kritikwürdig.



Ähnliche Popularitätsverluste hatten im Zuge der so genannten "Visa-Affäre" im Frühjahr 2005 der damalige Außenminister Joschka Fischer sowie Angela Merkel im Frühjahr 2003 zu verkraften, als sie mit ihrer Position in der Irak-Frage im krassen Gegensatz zur Bevölkerungsmeynung stand.

## Gesundheitsreform stößt auf große Skepsis

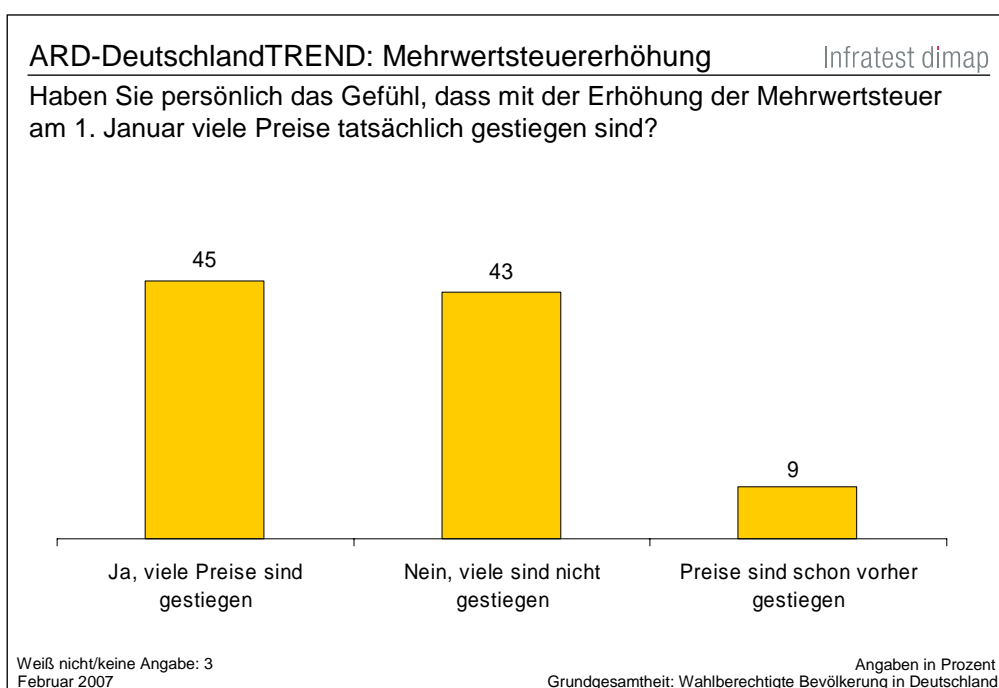
Wenn am Freitag der Bundestag über die Gesundheitsreform entscheidet, werden voraussichtlich auch viele Abgeordnete aus der Regierungskoalition gegen das umfangreiche Gesetzeswerk stimmen. Sie teilen damit die Skepsis der Bevölkerung, die zu drei Vierteln (74 Prozent) glaubt, dass die Reform die Probleme im Gesundheitswesen nicht lösen wird. Die Bürger erwarten weder, dass durch die Gesetzesänderung die Finanzierung des Gesundheitssystems langfristig auf stabilen Füßen steht (71 Prozent), noch dass dadurch die finanziellen Belastungen gerechter verteilt sind (74 Prozent). Zwei Drittel (65 Prozent) befürchten sogar erneute Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge als eine Folge der Reform.



Die Information der Bürger über die Inhalte der Reform ist noch verbesserungswürdig: Vier von zehn Bürgern (41 Prozent) konnten bisher nicht nachvollziehen, worum es im "Entwurf des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung" eigentlich geht. Sechs von zehn (58 Prozent) geben an, die Inhalte der Gesundheitsreform verstanden zu haben. Interessant: Wer sich nach eigener Aussage mit der Gesundheitsreform vertraut gemacht hat, ist sogar noch weniger von den Maßnahmen überzeugt und sieht häufiger steigende Beiträge voraus.

## Uneinigkeit über die Folgen der Mehrwertsteuererhöhung

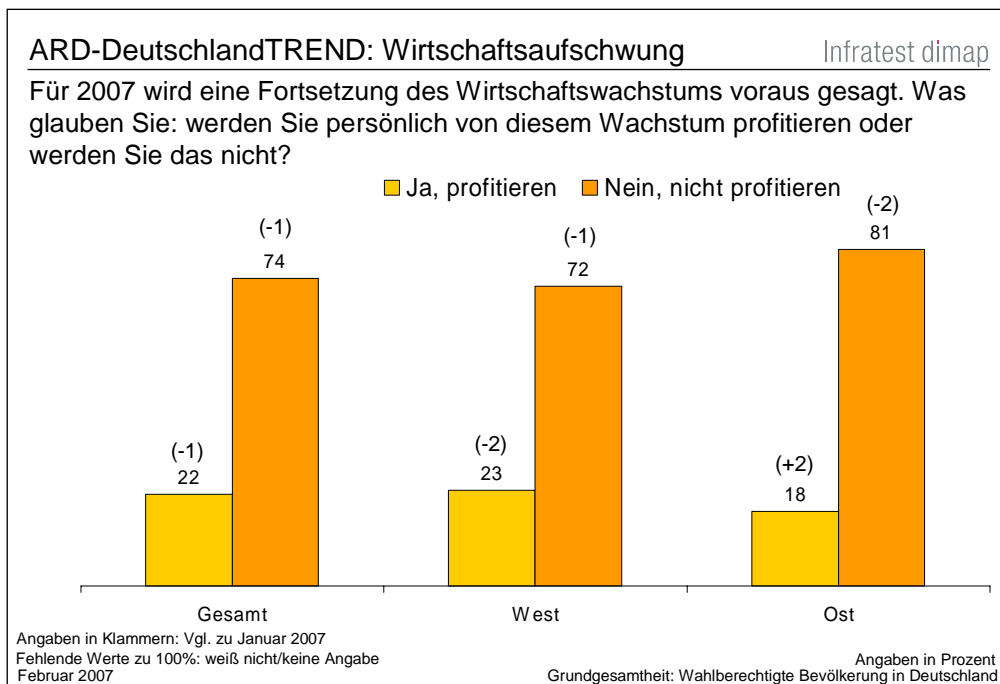
Zu den Auswirkungen der am 1. Januar in Kraft getretenen Erhöhung der Mehrwertsteuer auf die Preise im Einzelhandel gibt es unterschiedliche Nachrichten. Während die einen sagen, der Handel hätte die Erhöhung gar nicht an die Kunden weitergegeben, um den Deutschen ihre Konsumlaune nicht verderben, sagen die anderen, die Preise seien bereits im letzten Jahr angehoben worden. Die Bürger sind geteilter Meinung: Nach Eindruck von 45 Prozent hat die Steuererhöhung bei vielen Produkten Preissteigerungen nach sich gezogen, etwa ebenso viele (43 Prozent) empfinden keine Preissteigerungen in großen Ausmaß.



Die subjektive Einschätzung der Preisentwicklung hängt indes in starkem Maße vom verfügbaren Einkommen ab. Bürger mit einem monatlichen Haushaltsbudget von bis zu 1.500 Euro beklagen zu 58 Prozent über spürbare Preiserhöhungen, Bürger mit mehr als 3.000 Euro verfügbarem Einkommen teilen lediglich zu 28 Prozent diese Einschätzung.

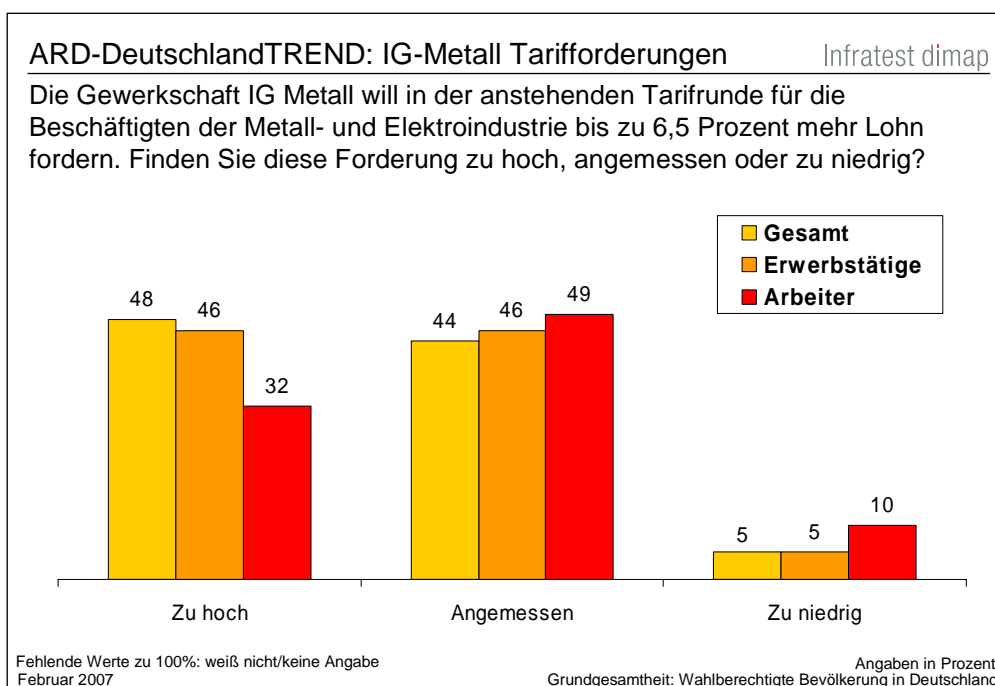
## Viele sehen sich nicht als Profiteure des Wirtschaftswachstums

Die Bundesregierung und auch alle Sachverständigen gehen davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr unvermindert fortsetzen wird. Die große Mehrheit der Bevölkerung von 74 Prozent rechnet allerdings nicht damit, dass daraus persönliche Vorteile für sie erwachsen werden. Lediglich 22 Prozent glauben, dass sie selbst von der guten Konjunktorentwicklung profitieren werden. Die aktuelle Erwartungshaltung entspricht damit den im Januar gemessenen Werten.



## Tarifforderung von 6,5 Prozent findet ein geteiltes Echo

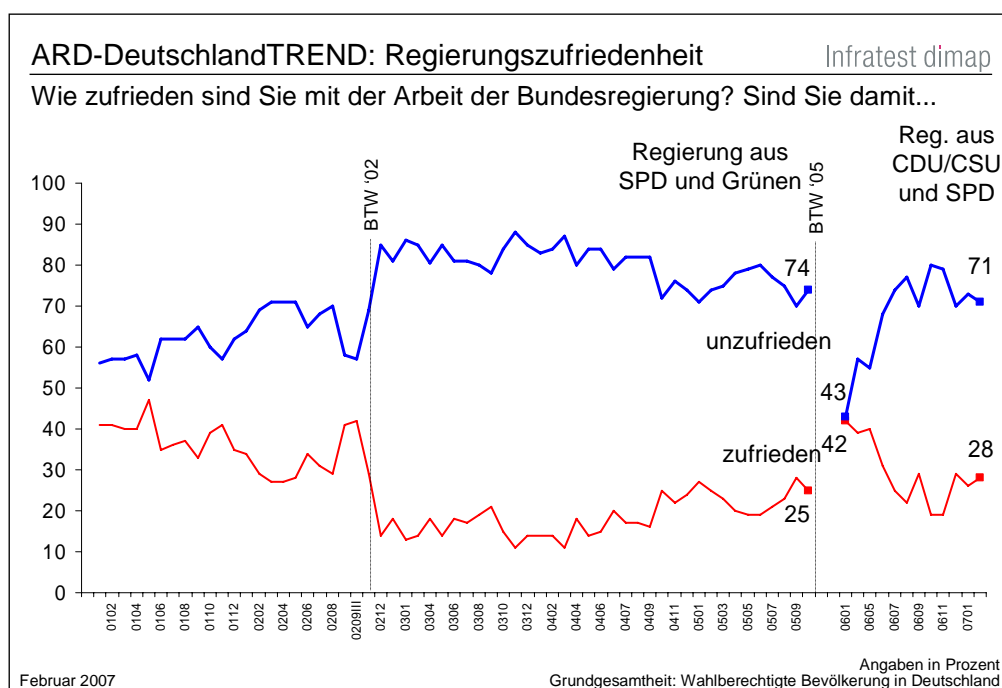
Angesichts des Wirtschaftsaufschwungs wollen die Gewerkschaften bei den anstehenden Tarifverhandlungen kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen für die Arbeitnehmer fordern. Die IG Metall will für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie 6,5 Prozent mehr Lohn verlangen. In der Gesamtbevölkerung stößt diese Forderung auf ein geteiltes Urteil: fast jeder Zweite (48 Prozent) findet sie zu hoch. Rund vier von zehn (44 Prozent) halten sie für angemessen, während für 5 Prozent die Lohnforderung nicht weit genug geht.



Eine knappe Mehrheit der Erwerbstätigen hält die Forderung für angemessen bzw. fordert stärkere Erhöhungen. Noch deutlicher gilt dies für die IG Metall-Kernklientel: sechs von zehn Arbeitern befürworteten mindestens eine 6,5prozentige Lohnerhöhung. Grundsätzlich gilt: je niedriger das Einkommen, umso eher wird die IG Metall-Forderung befürwortet.

## Ansehen der Bundesregierung nur leicht verbessert

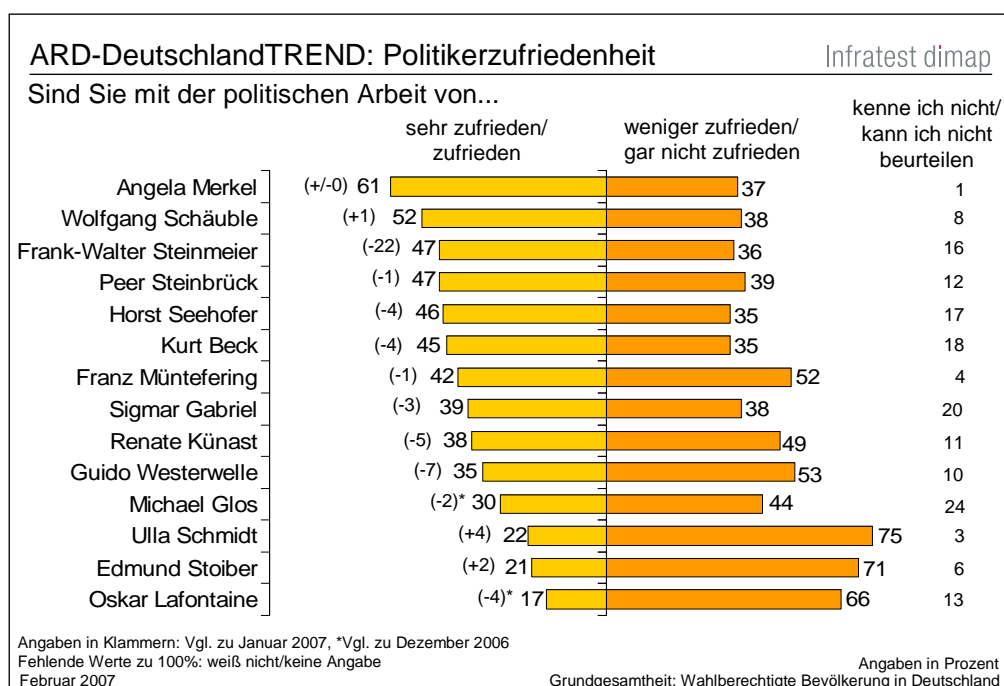
Die positive Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung strahlt bisher nur wenig auf die Bundesregierung ab. Eine große Mehrheit (71 Prozent) äußert sich auch im Februar überwiegend kritisch zu den Leistungen der schwarz-roten Bundesregierung. Nur 28 Prozent der Bevölkerung erklären, sie seien mit der Arbeit des Berliner Kabinetts mehr oder minder zufrieden. Im Vergleich zum Januar zeigt sich eine geringfügige Verbesserung beim Ansehen der Regierung Merkel. Die wohlwollenden Stimmen haben sich um 2 Punkte verstärkt, die ablehnenden Meinungen um 2 Punkte verringert.



Eine deutlich bessere Einschätzung der Regierungsleistungen ist im Lager der Unionswähler zu verzeichnen. Derzeit benoten hier 56 Prozent die Arbeit positiv, im Januar teilten lediglich 41 Prozent diese Einschätzung. In den Reihen der SPD-Anhänger haben die wohlwollenden Äußerungen lediglich von 28 auf 30 Prozent zugenommen.

## Ansehensverlust für Steinmeier, Merkel beliebteste Politikerin

Im Januar genoss Außenminister Frank-Walter Steinmeier von den Parteipolitikern die größten Sympathien und lag deutlich vor Bundeskanzlerin Angela Merkel. Durch seinen Ansehensverlust von 22 Punkten befindet sich der Chef des Auswärtigen Amtes nur noch im Mittelfeld. Angeführt wird die Liste nunmehr von Angela Merkel, die bei der Bevölkerung auf eine unveränderte Zustimmung von 61 Prozent kommt, gefolgt von Innenminister Wolfgang Schäuble, mit dessen Arbeit 52 Prozent (+1) zufrieden sind. Insgesamt sehen die Bürger in diesem Monat kritischer auf die politischen Akteure, die meisten verzeichnen Sympathieeinbußen.



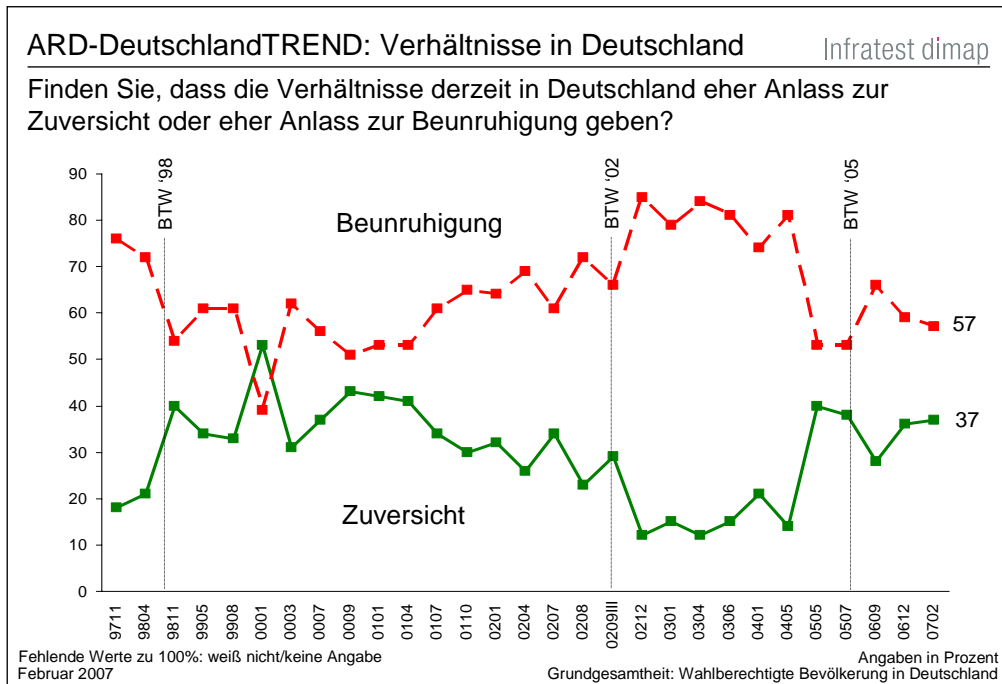
Neben dem Außenminister finden sich einige weitere Spitzenpolitiker mit fast gleichen Imagewerten im Mittelfeld. Dazu gehören Finanzminister Peer Steinbrück (47 Prozent, -1), Verbraucherminister Horst Seehofer (46 Prozent, -4) und der SPD-Vorsitzende Kurt Beck mit 46 Prozent (-4).

Arbeitsminister Franz Müntefering musste bei seiner Beliebtheit 1 Punkt abgeben und kommt derzeit auf 42 Prozent Zustimmung. Nennenswerte Ansehensverluste müssen Umweltminister Sigmar Gabriel (39 Prozent, -3), die Vorsitzende der Grünen-Fraktion Renate Künast (38 Prozent, -5) und FDP-Chef Guido Westerwelle (35 Prozent, -7) hinnehmen. Auch Wirtschaftsminister Michael Glos schneidet mit derzeit 29 Prozent (-3) schlechter ab als zuvor.

Auf den hinteren Plätzen finden sich trotz leichter Verbesserungen weiterhin der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (21 Prozent +2) und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (21 Prozent, +4). Den letzten Platz nimmt jetzt der Fraktionsvorsitzende der PDS ein. Oskar Lafontaine erreicht nur noch eine Zustimmung von 17 Prozent, was einem Minus von 4 Punkten entspricht.

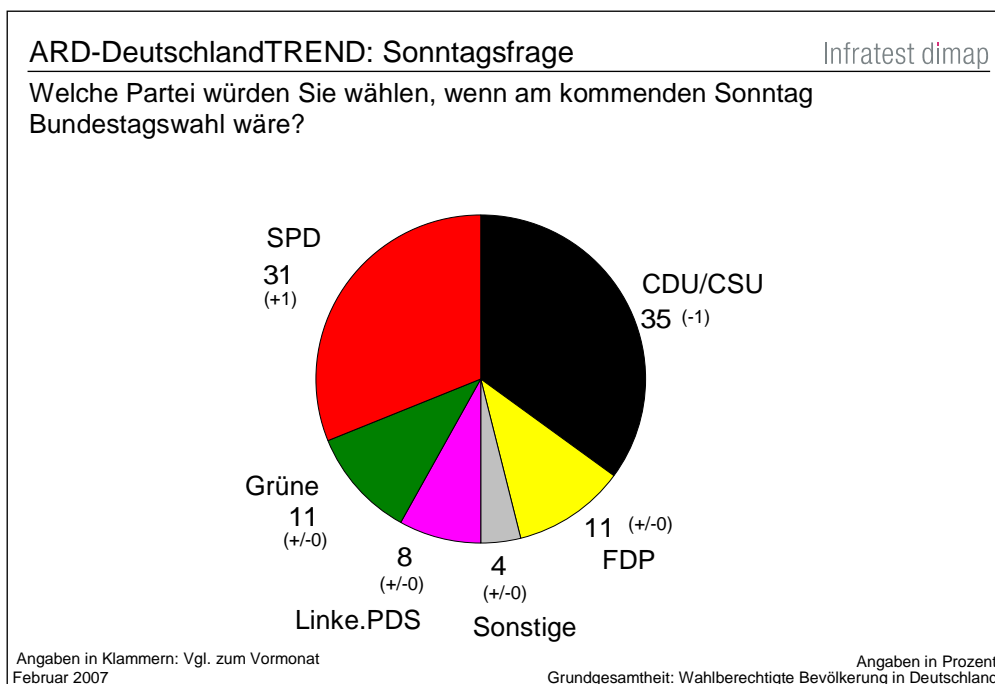
## Grundstimmung in der Bevölkerung nur leicht verbessert

Die Mehrzahl von 57 Prozent (-2 Punkte im Vergleich zum Dezember) der Bundesbürger sieht der näheren Zukunft im Lande mit Skepsis entgegen, während 37 Prozent (+1) meinen, die Verhältnisse bieten eher Anlass zur Zuversicht. Damit fällt die Bilanz von pessimistischen und optimistischen Erwartungen in etwa so aus, wie am Ende des vergangenen Jahres.

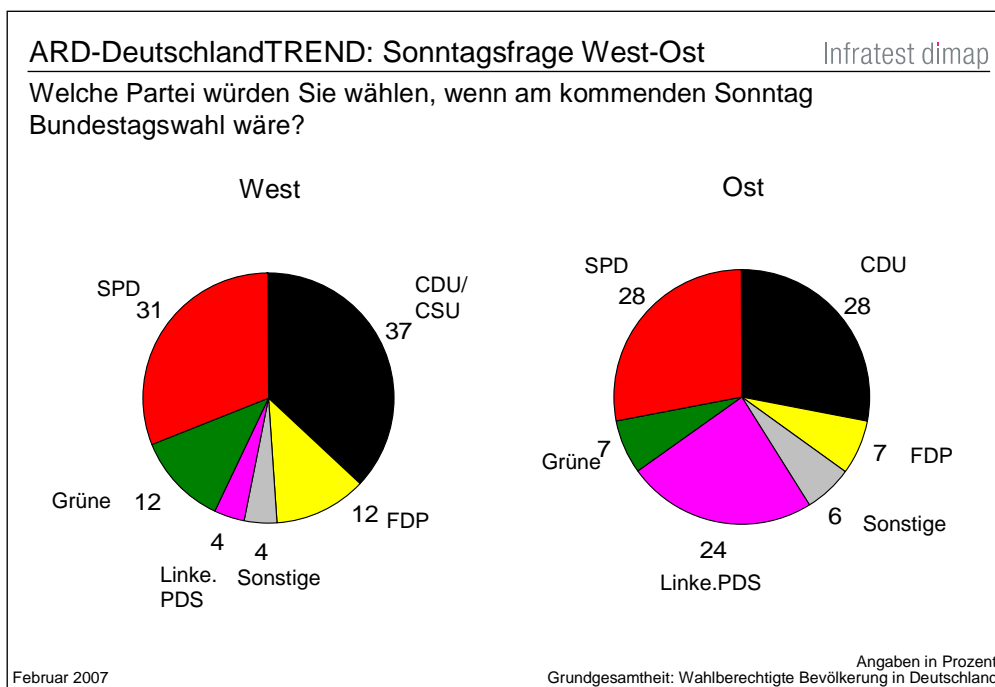


## Sonntagsfrage: Abstand zwischen Koalitionsparteien verringert

Angesichts der skeptischen Bewertung der Regierungsleistung und der Gesundheitsreform zeigt die aktuelle politische Stimmung einen sehr hohen Anteil von Wahlberechtigten, die sich derzeit für keine der Parteien entscheiden können oder wollen. Offenbar wird die positive Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung bisher nicht den beiden Regierungsparteien zugeschrieben. Verschiebungen sind lediglich innerhalb der großen Koalition zu beobachten. Wenn die Wahlberechtigten den Bundestag jetzt erneut bestimmen könnten, würde die CDU/CSU einen Stimmenanteil von 35 Prozent erreichen, was ein Minus von einem Punkt gegenüber dem Vormonat bedeutet. Die SPD könnte 31 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen, ein Plus von einem Punkt. Wie im Januar kämen FDP und Grüne auf jeweils 11 Prozent, sowie die Linkspartei.PDS auf 8 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen einen Wähleranteil von 4 Prozent erzielen.



In den alten Bundesländern liegt die Union mit 37 Prozent weiterhin deutlich vor der SPD mit 31 Prozent. Die Grünen ziehen aufgrund eines leichten Zuwachses wieder mit der FDP gleich (jeweils 12 Prozent). Die Linkspartei.PDS bleibt im Westen stabil bei 4 Prozent.

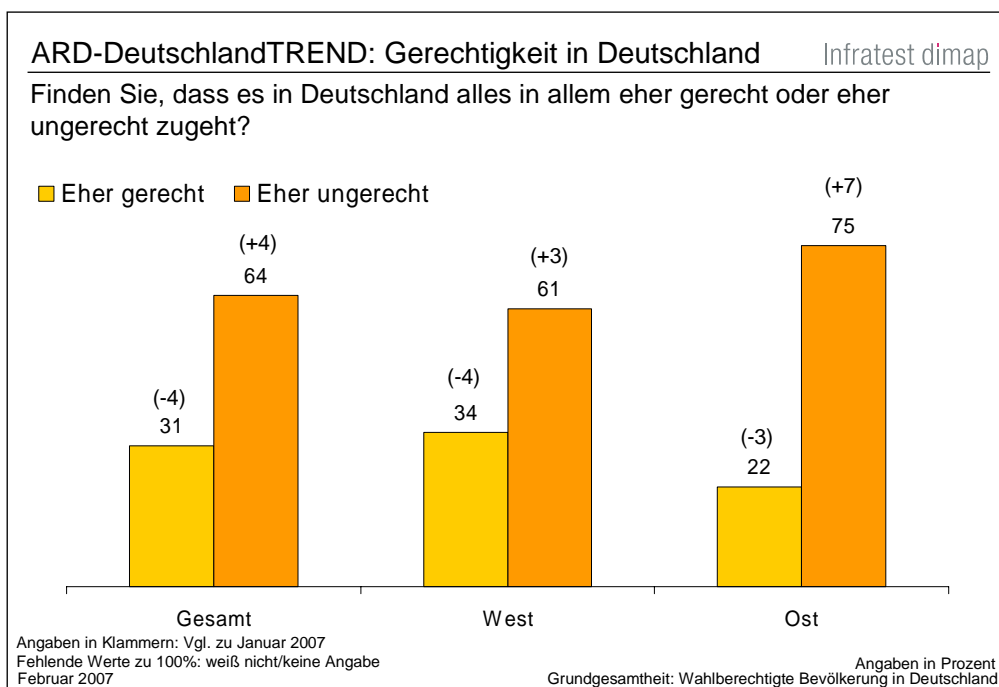


In den neuen Bundesländern liegen CDU und SPD erneut gleichauf (jeweils 28 Prozent), gefolgt von der Linkspartei.PDS mit 24 Prozent. FDP und Grüne erhalten jeweils 7 Prozent der Stimmen.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

## Gerechtigkeitslücke wird weiterhin beklagt

Drei von zehn Bundesbürgern (31 Prozent) äußern derzeit die Ansicht, in Deutschland gehe es alles in allem eher gerecht zu, während zwei Drittel (64 Prozent) eine merkliche Gerechtigkeitslücke konstatieren.



Das Gefühl, dass die Verhältnisse im Land sozial ausgewogen sind, hat sich in den letzten Wochen wieder etwas abgeschwächt. Im Januar vertraten 35 Prozent die Meinung, hierzulande gehe es alles in allem gerecht zu. Die rückläufige Bewegung ist dabei in West- und Ostdeutschland zu beobachten, wobei in den neuen Ländern die Gerechtigkeitsdefizite ohnehin in überdurchschnittlichem Maße empfunden werden.